

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 11.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungskarte Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 30. Mai 1903.

Geschäftsanzeige pro 3spalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhorst, 6.

12. Jahrg.

Die Arbeiterversicherung.

Der Wahlkampf hat dieses Mal ein eigenes Gepräge aufzuweisen. Mit einigen Ausnahmen ziehen alle politischen Spielarten der Vertretung des Sozialismus und des Grundbesitzes gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Deren energischer Kampf gegen die Beutepolitik, wie sie in dem am 13. Dezember beschlossnen Solidarifgezehe zum Ausdruck kommt, hat die Wuth all Derer aufgestachelt, welche von dem Griff in die Taschen des Volkes einen Gewinn für sich erwarten. Sie wissen ganz genau, daß die Sozialdemokratie den Beutezug weniger ergiebig gestalten kann, vor Allem, wenn sie vermehrt an Zahl der Stimmen und Mandate aus dem Wahlkampf hervor-geht.

Daher sind die Gegner bestrebt, die Sozialdemokratie bei den Arbeitern in Wichtredit zu bringen. Man wirft ihr vor, sie habe gegen die soziale Gesetzgebung gestimmt, nur um die Arbeiter um die "Wohlthaten" dieser Gesetze zu bringen, sie in Unzufriedenheit zu erhalten, dann nur unzufriedene Arbeiter seien empfänglich für die Lehren der Sozialdemokratie.

In Zusammenhang damit werden nun die Vortheile aufgezählt, die die kranken, invaliden, unfallverletzten Arbeiter oder ihre Wittwen und Witzen und sonstigen Angehörigen aus den verschiedenen Versicherungseinrichtungen bezogen haben, all diese Millionen wären, wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, den Arbeitern nicht zu gute gekommen! Das der Kampf der Arbeiter die Versuche auf sozialreformischem Gebiete gezeigt hat, wird abgestritten, gelegnet, obwohl die Thatsachen und Aussprüche von Männern, die der Sozialdemokratie feindlich gesinnt sind, das Gegenteil bestanden. Von Zeugnissen aus bürgerlichen Kreisen, welche der Sozialdemokratie das Verdienst, die sozialen Gesetze angeregt zu haben, zugestehen, sei nur eines erwähnt: Der katholische Bischof Korum sagte auf dem katholischen Sozialkongress zu Büttich 1887: „Sagen wir es nur offen, daß wir zur Anerkennung des sozialen Berufes des Staates nur durch das Drängen der Arbeiterwelt gebracht worden sind. . . . Wenn Sie das Eintreten des Staates zu Gunsten der Arbeiter nicht zugeben wollen, der Sozialismus wird Sie dazu zwingen.“

Die Arbeiter kennen die Gründe, welche ihre parlamentarischen Vertreter veranlaßten, jenen Gesetzen bei der dritten Abstimmung die Zustimmung zu versagen, sie wissen, daß die bürgerlichen Parteien alle Verbesserungsanträge, die von den Vertretern der Arbeiter gestellt waren, ablehnten. Ohne dieses ablehnende Verhalten der bürgerlichen Parteien wäre das Krankenfassengesetz entsprechend den Anträgen der Sozialdemokraten ausgestaltet worden, dann wäre es ausgedehnt auf alle Arbeiter, Krankengeld wäre vom Tage der Erkrankung an und für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit gewährt worden, und zwar in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes. Außerdem wäre Wöchnerinnen-Unterstützung auf 6 Wochen und Begräbnisgeld gewährt worden.

Im Jahre 1884 forderte die Sozialdemokratie bei Beratung der Unfallversicherungsvorlage Ausdehnung auf alle Arbeitenden, Erhöhung der Entschädigung bis zum vollen Arbeitserdienst, rascheres Feststellungsvorfahren, wirksamere Arbeitervertretung im Rahmen der Unfallversicherungsgenossenschaft.

Zum Invalidenversicherungsgesetz wurde gefordert: Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, wenn der Arbeiter nur noch die Hälfte des bisherigen Verdienstes in seinem Berufe zu eringen vermag. Die Vorlage gewährte nur ein Sechstel des Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter und ein Sechstel des Lohnjahres der letzten 5 Beitragsjahre. Nun läßt man die Millionen aufmarschieren, welche kranke, zu Unfall gelommene und invalide Arbeiter erhalten haben. Man spricht von der Belastung, welche das Unternehmertum zu tragen hat. Diese beträgt, beiläufig bemerk't, bei der Unfallversicherung pro Tag und Arbeiter 4 Pf., in der Bandwirtschaft 1 Pf. Zu der Krankenversicherung der Alters- und Invalidenversicherung tragen aber die Arbeiter ihr Theil zu bei. Während man aber die Bissens aufmacht, welche die Arbeiter erhalten, untersetzt man es wohlweislich, anzuführen, wie der Schaden gewesen ist, den die Arbeiter in dem sechzehnjährigen Wirken der Unfallversicherung an Leben und Gesundheit genommen haben. Nicht weniger wie 98 692 Menschen haben in den 16 Jahren ihr Leben gelassen, 933 362 weitere haben an den Folgen der Unfälle in-

der Industrie länger als 13 Wochen zu leiden gehabt und sind verstummt! In einem einzigen Jahre hinterließen die Gedödete 4505 Wittwen, 9194 Kinder im Alter von unter 15 Jahren, und in 254 Fällen waren sie die Stützen ihrer Eltern! Es ist himmel-schreiend, daß man es wagt, angesichts solcher Bissens, die von zerstörtem Leben, Strömen von Arbeiterblut, ganzen Heeren verstummelter Arbeiter reden, noch die Summen aufzurechnen, die die Hinterbliebenen oder sie selbst erhalten haben, als ob sich dieses Unglück und Elend mit Geld ablösen ließe.

Aber eins spricht aus dem ganzen Gethue: die Abneigung, der Widerwillen gegen die Fortführung und Ausbau der Arbeiterversicherung, und das werden sich die Arbeiter merken und danach handeln.

Der Arbeitsmarkt im Monat April.

Wie das "Reichs-Arbeitsblatt" berichtet, hat die Beschäftigung sich zumeist auf der gleichen Höhe gehalten wie im Vormonat, nur in einzelnen Industrien ist aus besonderen Gründen ein Rückgang eingetreten, so in der Brauereiindustrie und zum Theil in der Konfektionsindustrie in Folge des kalteren Wetters im April. Dementsprechend zeigten auch die an die Berichterstattung des "Reichs-Arbeitsblattes" angeschlossenen Krankenkassen eine geringere Annahme des Beschäftigungsgrades als im Vormonat, nämlich um insgesamt 94 718 Mitglieder, und auch der Verkehr an den Arbeitsnachweisen ist im Berichtsmonat im Wesentlichen der gleiche geblieben, hat sich theilweise sogar nicht unerheblich verschlechtert. In der Metallindustrie ist eine entscheidende Besserung immer noch nicht eingetreten, wenngleich eine günstigere Gestaltung der Lage im letzten Monat sich nicht verleinen läßt.

Die Lage in der Holzindustrie und in den Holzverarbeitenden Industrien, wie in der Fabrikation von Holzbearbeitungsmaschinen war nicht ungünstig. Die anhaltende Baumhätigkeit hatte dauernd eine starke Nachfrage nach Schnithölzern zur Folge und das Angebot von Arbeitskräften stellte sich daher im Verhältniß zur Nachfrage etwas günstiger. Mehrfach haben daher auch Lohnerhöhungen stattgefunden. In Berlin wurde die Lage der Holzindustrie stark durch den Streik der an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter beeinträchtigt, der auch die Möbelindustrie beeinflußte. Das Angebot von Arbeitskräften war dadurch ein eingeschränkt. Für die Maschinenarbeiter wurde eine geringe Lohnerhöhung erzielt.

Das Baugewerbe war nach wie vor gut beschäftigt. In einzelnen Städten, besonders in Berlin, bewirkten die noch ungelärtten Verhältnisse auf dem Steinmarkt eine Zurückhaltung der Baumhätigkeit. Nach wie vor bestand noch Überangebot an Arbeitskräften. Die Zementindustrie hatte viel Absatz bei kleinen Preisen: Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften konnten als normal bezeichnet werden. Die Fabriken waren in vollem Betrieb. Die Thonindustrie in Brandenburg hatte im April stoff zu thun, aber Überangebot von Arbeitskräften, was in früheren Jahren nicht der Fall war; nicht unbefriedigend waren auch die Verhältnisse in der Ziegels- und in der Chamotteindustrie, wo aber ebenfalls noch Überangebot von Arbeitskräften bestand. Die Steinindustrie zeigt eine entschiedene Besserung, namentlich im Exportgeschäft. Die günstige Lage der Fabrikation kommt in gesteigerter Beschäftigung zum Ausdruck, sodass im Großen und Ganzen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes als annähernd normal bezeichnet werden können. Die Böhne sind im Wesentlichen die gleichen geblieben, ebenso ist eine Tendenz in der Arbeitszeit nicht eingetreten.

Der Geschäftsgang in der Papierindustrie war fortgesetzt gut, so dass mehrfach Überarbeit erforderlich war. Überangebot von Arbeitskräften bestand vereinzelt immer noch. Bekannt war die Beschäftigung in der Zellstoffindustrie, in der teilweise sogar Arbeitermangel sich geltend machte. Die Fabrikation von Papiermaschinen wies Veränderungen nicht auf. Überangebot von Arbeitskräften bestand hier weiter. Schlechtere Verhältnisse in der Papierindustrie werden nur aus Schlesien berichtet.

In der chemischen Industrie besteht weiter Überangebot von Arbeitskräften. Wo vereinzelt das Gegentheil gemeldet wird, werden besondere örtliche Verhältnisse als Erklärung angegeben. Insbesondere hat im April der Wohnungswechsel viele Arbeiter be-

mindert. In der Kaliindustrie war der Absatz weiter günstig und das Angebot von Arbeitskräften normal.

In der Spiritusbranche war das Geschäft in inländischem Trinkbranntwein annähernd das gleiche wie im Vorjahr, während der Export sowie der Absatz zu technischen Zwecken gegen das Vorjahr gestiegen ist. Das Geschäft sowie das Arbeitsumfang bewegten sich in ruhigen Bahnen.

Ruhige Tendenz zeigt ebenfalls die Rohzucker-industrie. Die Arbeitsverhältnisse sind hier insfern eigenartige, als außerhalb der Betriebskampagne, die ungefähr von September bis Januar dauert, der Betrieb in den Rohzuckerfabriken ruht. In der Zeit von Januar bis September wird ungefähr ein Drittel der in der Kampagne thätigen Arbeiter mit Reinigungs-, Reparatur- und Umbauarbeiten weiter beschäftigt. In der Zuckerraffinerie lagen die Verhältnisse bei den einzelnen Fabriken verschieden, im Allgemeinen war stockender Geschäftsgang vorhanden, weil der Zuckerhandel bereits zurückhaltend war, wie angegeben wird, mit Rücksicht auf das Inkrafttreten der Brasilianer-Zuckerkonvention, welches am 1. September d. J. bevorsteht. Es bestand dementsprechend auch ein Übergangsangebot an Arbeitskräften, und ebenso wurde theilweise auch mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenrücksläge bei anhaltend günstiger Produktionsentwicklung. — Industrieförderung im deutschen Osten, der Steintyp Vulkan an der Nordsee. — Vom Syndikatwesen.

Wenn auch die Börse immer wieder zeitweilige Rücksläge erleidet, besonders in den Montanwerken, so wird man doch von einem Fortbestand der günstigeren Produktionsstrukturen reden können.

Rückentwicklungen sind oft weiter nichts wie die Folge überhöhter Zukunftserwartungen, die bereits in den Kurzen Ausdruck fanden; sie beweisen alsdann nur, daß nicht alle Blühträume der Spekulanten reisten, daß viele Spekulanten an die Erfüllung der übertriebenen Hoffnungen nicht mehr glauben oder zu Kapitalschwäche sind, um ihre Werke noch auf längere Zeit behalten zu können. Die stärkere Abstufung der Papiere wird dann wieder einmal die Kurze nach abwärts, obwohl sich am Gange der in Frage kommenden Produktion nicht das Geringste geändert zu haben braucht.

In großem Maßstabe zeigte sich neuerdings dieses Bild auch im Auslande, und zwar bei den Transvaal-Grubenwerken. Trotz der Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung hat in Transvaal die Produktion von Gold und Diamanten seit dem Ende des Krieges von Neuem stetig zugenommen, wenn auch die alten Höchstziffern vorläufig noch in weiter Ferne liegen. Man erwartete im Werke von tausend Pfund Sterling:

	Gold	Diamanten
im Juli	646 252	75
August	689 654	185
September	739 276	425
Oktober	786 317	318
November	803 698	370
Dezember	828 945	609
Jänner 1903	854 449	1279

Die Spekulation ging jedoch noch von ganz anderen Weise hin, und zwar mit allen Mitteln der markttechnischen Raffinerie die Käffern zu wahren Schwadellskurzen empor. Als die Errichtung kam und die Kurze fielen, häuften sich auch die Stoßverkäufe, und nicht bloß in Johannesburg, sondern auch an der Pariser Börse sind dadurch längere Zeit große Schwierigkeiten entstanden, die wiederum in London gleiche Bestürzung hervorriefen.

Ahnlich bei unseren Montanwerken, deren nächste Zukunft von der Spekulation gleichfalls überdeckt worden war. Dem Kurzrückgang scheint jedoch keine abnormalen Depression der Produktion zu Grunde zu liegen. Die Produktion belebt sich wieder, zwar langsam, aber stetig; nur die Lieferreibungen der Börse haben in den letzten Wochen eine Korrektur erfahren.

Denn von einem sprungweisen Aufschwung, wie ihn die Spekulation voraussetzte, kann allerdings nach wie vor nicht die Rede sein; der unerträgliche, hergeworke Optimismus, der stets ein Kennzeichen der industriellen Blüthe ist, ist in der That noch nirgends in der Produktionsphäre zurückgekehrt. So lauten die Berichte aus Oberschlesien zwar günstiger als bisher; jedoch wird gleich hinzugefügt, daß es z. B. die Rundschau der Stahlwerke mit größeren Abschlüssen durchaus nicht eilig hat, weil man annehmen, man habe baldige, wesentliche Preiserhöhungen bei der Bedarfssiedlung kaum zu fürchten und braucht sich darum in der Gegenwart nicht unnütz zu binden. Man erinnere sich dagegen, wie man in der letzten Aufschwungszeit sich die härtesten Bedingungen ruhig und gern auferlegen ließ, nur um später nicht noch härtere Bedingungen eingehen zu müssen oder schließlich bei den Lieferungen ganz auszufallen! Ähnlich wird die westliche Eisenindustrie fortgesetzt beunruhigt durch das Absinken des Exportes nach Amerika. Aus dem dortigen Süden wird von bevorstehenden neuen Preiserhöhungen berichtet. In den maßgebenden Kreisen des Stahltrusts scheint man sich auf einen scharfen Kampf gegen alle Eiseneinfuhren vorzubereiten für den Fall, daß der amerikanische Bedarf in seinem lebhaften außerordentlichen Wachsthum zum Stillstand kommt. Ein "hoher Funktionär" des Stahltrusts äußerte nach den "Berliner Neuesten Nachrichten":

Der deutsche Eisen- und Stahl-Export nach den Vereinigten Staaten ist so gut wie ausgeschlossen, und alles, was von Deutschland noch herkommt, ist auf Grund älterer Kontrakte. Sollte es nötig sein, werden die südlichen Hochöfen, welche dem bestehenden auswärtsigen Export durch die Preisermäßigung von 1 Dollar pro Kanne ein Ende bereitet haben, mit weiteren Preisermäßigungen vorgehen. Die amerikanischen Hochöfen und Werke können, wenn nötig, die Produktion billiger abgeben als jetzt und dabei noch immer auskömmig verdienen. Jeder Bericht Deutschlands über einen Konkurrenzkampf anzuführen, würde für die deutschen Industriellen verhängnisvoll werden. Die heisste Situation, welche den auswärtigen Industriellen den Export nach den Vereinigten Staaten gestattete, war eine absolut abnormal und wird sich wohl nicht mehr wiederholen. Vor drei Jahren haben wir dem deutschen Eisen in Berlin selbst Rouburkung gemacht; bald wird die heisste Produktion dem Bedarf ausreichend entsprechen und werden wir wieder im Weltmarkt erscheinen und unseren Platz am Weltmarkt behaupten.

Unter dem Druck der letzten Jahre haben auch die Streitungen gelitten, im Osten Preußens und Deutschlands junge Industrieansässige einzügern und großziehen zu wollen. Alle die deutschen Arbeiterschaften sind diese Bewegungen nicht ohne Interesse, weil jede gewerkschaftliche und politische Erfassung des Orients durch das freie gewerkschaftliche Zentrum überwunden ist. Nach dem erschienenen ersten Aufschreit des Reichsdeutschen Industrieclubs ließt das Kapital jedoch in diesen Gebieten vorwärts zu kommen. Der Osten mit seinem agrarischen Zustand, mit dem feindlichen Holländisch-nordischen und Österreichisch-ungarischen hat kaum irgendwelches leistungsfähige Abschlagsgebiet als Vorderland hinter sich. Eine Stärke, die die deutsche Arbeiterschaft nicht ohne Vorsicht und Gewissheit aus dem Westen zieht, die — noch dazu empfohlen — Jahresbericht — ihre bisherigen Beziehungen an westlichen Industrie ansprechbarkeiten freuen, wünscht die weitere Ausweitung erfordert, dass die erzielbare Einbindung auf die einzelnen Handwerker entfällt, die im anderen Falle vor den Beamten ausgeschlossen und besonders begünstigt werden sollte. Das gewerkschaftliche Kapital wollte den Osten aufsuchen, weil es dort einen östlich-polytechnischen Bereich von wichtigen Arbeitsmärkten sieht. Doch die alte Erfahrung beweist sich auch hier: die angebündeten Arbeitskräfte schließen gerade in den leistungsfähigen Jahren nach der Wite und dem Westen Deutschlands ab. Endlich geben die großen Staatsbeamten fast ausschließlich nach den absehbaren und von jener benannten Regionen weiter. Ringt doch selbst das ganz anders gefasste Schlesien über Zurückhaltung seitens des Staates, vor allem seitens der Eisenbahngesellschaft. So ist die agrarische Struktur des Ostens schwer zu durchbrechen.

Selbst die ältesten Leistungsfähigen Unternehmen müssen unter dem Druck nach dem Westen ihr Opfer bringen. So geht der Stettiner Ballon fast langsam mit dem Gedanken an, an der Rzeka eine Betriebsverlagerung zu errichten. Ein großer Theil der Arbeiter widerstrebt dem Projekt, weil er fürchtet, dass für die alten zwanzigjährigen Anlagen, die Millionen geflossen haben, die Arbeit fehlen werde. Die Verwaltung bezeichnet jedoch die Rückführung an den Standort als unabdinglich erforderlich. Auf der letzten Generalsammlung führte sie aus: "Der sehr große Schnellzugdampfer wäre auf ein Jahr nicht aus dem Hafen herausgekommen, und welche Unmöglichkeiten erwachten würden, wenn das Schiff mehrere Wochen hätte liegen müssen, könnte man sich wohl denken. Was für eine Situation wäre es zum Beispiel, wenn der Stettiner Ballon weiter, wenn das Schiff "Maidenburg" nicht rechtzeitig herausgebracht werden könnte! Die Marine verzögerte es, wenn sie es bestellt habe, kamme sie aber nicht darum, wie es von der Werft gebaut werde. Der Ballon bekomme keine großen Schiffe mehr in Auftrag, auch von der Marine nicht, wenn nicht Remonten geschaffen würde. Die größten Banken würden der Gesellschaft schwierig von anderen Unternehmern weggeschaut werden, und das könnte die Betriebsaufnahme doch nicht anzeigen."

Die bisherigen Mitteilungen über die Errichtung des rheinisch-westfälischen Schleusenkanals gewöhnen mich wieder zum Studium in den Vertragsschriften, den der Zusammenschluss aufgearbeitet hat. Einmal soll der Bettlauf um höchstens 1000 aufgerichtet werden, da hieran die ganze Abfuhr- und Produktionsregelung schwer lastet — ganz abgesehen von den ewigen Streitigkeiten und Besitzungen, die jeden Zusammenfluss fordern und eine Ende sprengen müssen. Beiderseits kann die Kampffront gegen die Anhänger einerseits ausdrücklich zu stellen: zur Unterwerfung und Bekämpfung der aufstrebenden Reiche sollen die Vertragsschriften ganz oder zum Theil präzise angegeben werden können.

Das Kaliabkommen hat sich in den letzten Berliner Sitzungen — unter Führung des preußischen Bergbaus, des großen Industriebehörden — gleichfalls mit dem Zusammenschluss der osthessischen Unternehmen und mit dem Eindringen des amerikanischen Kapitals in die deutsche Rohstoffbasis beschäftigt.

Weltgeschichte — Produktionsgeschichte.

Wag Schippel, Baserabstufung und Zunderproduktion bis zur Brüsseler Generalversammlung 1902. Eine wichtigschichtliche und handelspolitische Darstellung. Berlin von F. G. M. Das Buch, in Stuttgart, 419 Seiten, Preisg. 6 M., gebunden 7,50 M.

II.

In einem zweiten Kapitel wählt Schippel eine Reihe der Röhrengroßindustrie, bzw. Röhrenartikel in diesen Tagen durch die Welt zusammen: Die technische Entwicklung der Röhrenindustrie und die Erzeugung der Röhrenwaren aus Eisen und den Zundern. In Zukunft erwartet eine Reihe einfacher und einfachster Röhrenartikel, die entsprechend der Röhrenindustrie und Röhrenproduktion in verschiedenen Branchen, welche Röhrenindustrie könnte sich bilden? So über die Röhrenproduktion in den europäischen Staaten 1855 bis 1875 die Entwicklung hindeutet, so zeigt die Röhrenproduktion erneut und wiederum, dass in Zukunft von jetzt an die Röhrenproduktion in die erste Stufe.

Im Deutschen waren es die Fabrikanten der Eisenhütten, die für das nationale Industriekapital ausgenommenen der europäischen Industrie mit dem Ziel belegt, den industriellen Fortschritt — eine Erzeugung der Röhrenproduktion möglich zu einer Erweiterung der Eisenhüttenwerke. Bis zur 1855 bis 1875 die Zahl der Fabrikanten von 21 auf 150, der ergibt 20 Zentner Röhren betragen 15 — und wie wir hier gleich hinaus-

Der Spitzesteck hat sich durch die Gewinnung der marktfähigen wegen der sogenannten Neuentwicklungszeit und der Hauptvertreter des Berliner Spitzesteckes verändert wurde. Der neue Verband, der in Siegen seinen Sitz hat, trat am 1. Oktober v. J. ins Leben. Dem Bericht der Verwaltung entnehmen wir, dass die Auflösung des früheren Verbands, eben der Metallarbeiter-Verbandes, dessen Verbandsvertreter der damaligen Deutschen Bergarbeiterverband bestanden, ungewollt gewesen ist und lange Zeit dauerte. Der Verband hatte am 1. Januar 1898 12000 Mitglieder. Seine Einnahme war 8000 M., die Ausgabe 6570 M. Im Bezug auf die Spaltung wurde folgende Resolution gefasst: "Der Metallarbeiterverband wird beansprucht, die Ortsgruppen zur Errichtung von Betriebskassen zu veranlassen und ihnen zur Einrichtung befähigt zu sein. Soweit es die Mittel gestatten, wird der Vorstand ermächtigt, die für besonders beschäftigte Kollegen auf Kosten des Verbandes eine systematische Ausbildung zu übernehmen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die geschäftliche Spitzen von Mann zu Mund zu betreiben, wo hingegen den Ortsgruppenbevölkerungen die Pflicht erachtet, die regelmäßige entsprechende Versammlungen zu sorgen. Der Vorstand hat für Feststellung der notwendigen Mittel zu sorgen. In den Ortsgruppen ist das Betriebskassenwesen entweder nach einzelnen Betrieben oder Betrieben auszubauen. Diese haben die Zeitung regelmäßig einzufassen und energisch die Werbung neuen Mitglieder zu fördern."

Von den weiteren Beschlüssen verzeichnen wir folgende: In Orten, in welchen es vorwiegend besteht, können befindende weibliche Siedlungen gebildet werden, die unterstehen jedoch in allen Fällen der Leitung der Ortsgruppe. Der Beitrag, wie beiher 50 Pf. pro Monat bestimmt, wurde auf 20 Pf. pro Jahr erhöht, der Anteil der Bevölkerung auf 85 Prozent festgesetzt. Die Aufnahmeebene beträgt 50 Pf.; jugendliche und schwache Arbeiter zahlen die Hälfte des Beitrags und haben dementsprechend aus Beitrags auf die Hälfte der angelegten Unterstützungsabgabe. Der erhöhte Beitrag tritt mit dem 1. Juli 1903, die befreiflosen Unterstützungen mit dem 1. Juli 1904 in Kraft. Im vorhergehenden Falle hat der Verband das Recht, Fristen beizulegen je nach der Größe der Siedlung und entsprechend den Mitgliedern gründlich, die ein Jahr dem Verband angehören und die Beiträge entrichtet haben. Diese Unterstützung darf pro Tag 75 Pf. nicht übersteigen; die zurückgelegte Strecke muss mindestens 25 Kilometer betragen. Nach einjähriger Mitgliedschaft wie beiher 50 Pf. bezahlt. Überschussunterstützung kann an nichtarbeitsfähige Mitglieder gewährt werden, die zwei Jahre dem Verband angehören, doch muss die Entfernung mindestens 25 Kilometer betragen. Rechtshabig wird an die Mitglieder gewährt, soweit Streitfälle aus der Arbeitsaufgabe und Versicherungsgesetzgebung dieses rechtsgültig. Die Streit- und Gewahrsamkeitsunterstützung soll in der Regel für Berghäute 12 und für jedes Kind 1 M., für ledige Arbeiter 10 M. betragen. In bestimmten Fällen kann seitens des Hauptverbandes eine höhere Unterstützung bestimmt werden.

Der Vorstand wurde beauftragt, in nächster Zeit die Mitglieder eingehend über die Wichtigkeit der Arbeitsmarktpolitik zu informieren, und die entsprechende Verhandlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Soziale Landschaft.

Ein höchst originales Urteil erließ das Obersächsische Amtsgericht gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Dresden). Allerdings handelt es sich um ein Besuchsmittelrecht, das angefochten werden muss. Das Urteil besagt zunächst Gerügt, dass der Metallarbeiter-Verband einen Arbeitswilligen Namekans Barth aus Löbau, den er wegen Streikbruchs ausgeschlossen hatte, wieder aufzunehmen habe. Das Vorgehen des Amtsgerichts war durch die Aussagen und Beschwerden des Arbeitswilligen an Amtsstelle veranlasst. Barth, ein Metall- und Feingoldschläger, hatte dem Amtsgericht angegeben, er habe während des neuwähigen Feingoldschlägerstreiks, der zu Ostern vorigen Jahres in Dresden stattfand, bezüglich Streikbarkeit verzichtet, weil er vom Verband keine Streikunterstützung erhielt. Vom Verband sei er wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden. Es sei ihm nun unmöglich, wieder Arbeit zu erhalten, da nach dem Streik die bisher unerhört stehenden Meister der Kartgemeinschaft der Feingoldschläger Dresden beigetreten seien und ihn als Streikbrecher nicht mehr beschäftigen würden.

Diese Aussagen sind unrichtig. Barth war schon 8 Wochen vor Ausbruch des Streiks krank und arbeitslos. Er gehörte deshalb nicht zu den Streikenden. Erst während des Streiks kam es zum Vorfall und beanspruchte Streikunterstützung, die ihm natürlich nicht gewährt werden konnte. Da Barth erst sieben Wochen Mitglied war, stand ihm auch keine Arbeitslosenunterstützung zu. Es wäre seine Pflicht gewesen, während des Streiks anderweitig Arbeit außerhalb seines Berufs zu suchen. Das war für ihn um so leichter, als er auch Metallschläger ist. Zweifellos hätte die Berufsgewissheit das Berufsunfähigkeitsaufheben und Barth mit seinen Verlangen abweisen. Originell bleibt jedenfalls, dass eine Behörde einer Gewerbeschäfest mit Gewalt ein Mitglied aufholt, während man doch in Allgemeinem sonst nur davon hört, dass von Seiten der Arbeitgeber und Behörden den Gewerkschaften Mitglieder abspruchig gemacht werden. Das Amtsgericht, das übrigens in der Anklageschrift ganz im Stile der Zuchthaus-Barlege unseligen Underlass von „Streiken und sonstigen Kurzuhren“ reibt, hätte jedenfalls gut getan, vor Erhebung der Anklage einmal das Statut des Metallarbeiterverbandes durchzulesen. Dann wäre vorausichtlich die Anklage entfallen.

Der soziale Metall- und Hüttenarbeiterverein steht ab 22. und 23. und 24. April in Siegen seine erste Generalsammlung. Die Gründung dieses Verbands war die Folge der Differenzen, in die der örtliche Hüttenarbeiterverein (Sitz Duisburg) mit dem Gesamtverband der örtlichen Ge-

meinden wegen der sogenannten Neuentwicklungszeit und der Hauptvertreter des Berliner Spitzesteckes verändert wurde. Der neue Verband, der in Siegen seinen Sitz hat, trat am 1. Oktober v. J. ins Leben. Dem Bericht der Verwaltung entnehmen wir, dass die Auflösung des früheren Verbands, eben der Metallarbeiter-Verbandes, dessen Verbandsvertreter der damaligen Deutschen Bergarbeiterverband bestanden, ungewollt gewesen ist und lange Zeit dauerte. Der Verband hatte am 1. Januar 1898 12000 Mitglieder. Seine Einnahme war 8000 M., die Ausgabe 6570 M. Im Bezug auf die Spaltung wurde folgende Resolution gefasst: "Der Metallarbeiterverband wird beansprucht, die Ortsgruppen zur Errichtung von Betriebskassen zu veranlassen und ihnen zur Einrichtung befähigt zu sein. Soweit es die Mittel gestatten, wird der Vorstand ermächtigt, die für besonders beschäftigte Kollegen auf Kosten des Verbandes eine systematische Ausbildung zu übernehmen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die geschäftliche Spitzen von Mann zu Mund zu betreiben, wo hingegen den Ortsgruppenbevölkerungen die Pflicht erachtet, die regelmäßige entsprechende Versammlungen zu sorgen. Der Vorstand hat für Feststellung der notwendigen Mittel zu sorgen. In den Ortsgruppen ist das Betriebskassenwesen entweder nach einzelnen Betrieben oder Betrieben auszubauen. Diese haben die Zeitung regelmäßig einzufassen und energisch die Werbung neuen Mitglieder zu fördern."

Der erhöhte Beitrag tritt mit dem 1. Juli 1903, die befreiflosen Unterstützungen mit dem 1. Juli 1904 in Kraft. Im vorhergehenden Falle hat der Verband das Recht, Fristen beizulegen je nach der Größe der Siedlung und entsprechend den Mitgliedern gründlich, die ein Jahr dem Verband angehören und die Beiträge entrichtet haben. Diese Unterstützung darf pro Tag 75 Pf. nicht übersteigen; die zurückgelegte Strecke muss mindestens 25 Kilometer betragen. Nach einjähriger Mitgliedschaft wie beiher 50 Pf. bezahlt. Überschussunterstützung kann an nichtarbeitsfähige Mitglieder gewährt werden, die zwei Jahre dem Verband angehören, doch muss die Entfernung mindestens 25 Kilometer betragen. Rechtshabig wird an die Mitglieder gewährt, soweit Streitfälle aus der Arbeitsaufgabe und Versicherungsgesetzgebung dieses rechtsgültig. Die Streit- und Gewahrsamkeitsunterstützung soll in der Regel für Berghäute 12 und für jedes Kind 1 M., für ledige Arbeiter 10 M. betragen. In bestimmten Fällen kann seitens des Hauptverbandes eine höhere Unterstützung bestimmt werden.

Der Vorstand wurde beauftragt, in nächster Zeit die Mitglieder eingehend über die Wichtigkeit der Arbeitsmarktpolitik zu informieren, und die entsprechende Verhandlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

— **Soziale Landschaft** sind immer noch eine Anzahl Kollegen ausgesperrt. Ausländische Arbeiter, Ungarn, Russen und Galizier werden von den Unternehmern als Etat für die Streikenden, beginnend mit 1000 Mark.

— Diese Aussagen sind unrichtig. Soziale Landschaft ist Zugang fernzuhalten! Wagdeburg. Der Streik der Fabrikarbeiter in der Dachpappfabrik von Althmeyer, Nachtwende, dauert unverändert fort. Herr Althmeyer oder richtig kein „Geschäftsführer“ hat zwar so viel „Arbeitswillige“ gefunden, dass der Betrieb zu arbeiten vermag. Aber man fragt nur nicht wie! An sich ist bei Aufenthaltsort, die Arbeitsverrichtung in der Althmeyer'schen Dachpappfabrik sehr gesundheitsschädigend und wie werden später zu untersuchen haben, ob der Gewerbe-Inspektor Neumann recht hat, wenn er meint, dass in seinem Aufsichtsbereich Alte in „bestem Ordnung“ ist. Trotzdem haben die Ausständigen zum Theil fünfzehn Jahre in diesem Betrieb gearbeitet und Herr Althmeyer konnte mit sicherem Verhältnissen rechnen. Jetzt lernt er die Rechte der Medaille kennen, denn seine Fabrik ist ein Raubenshlag, in dem ein fortgesetzter Betrieb der „Arbeitswilligen“ herrscht. Bei der Untersuchung der Herren Komptoristen auf dem Gebiet des Bohrkampfes können die Erwartungen, nach denen der Streik der Fabrik leicht 1000 Mark kosten könnte, ganz erheblich übertroffen werden.

— Eine Arbeitskampfstellung ist auf der Sklavenmühle Kreuzer bei Schwarten ausgebrochen. Es wird ein Stundenlohn von 30 Pf. gefordert. Zugang ist fertiggestellt.

— Soziale Landschaft sind immer noch eine Anzahl Kollegen ausgesperrt. Ausländische Arbeiter, Ungarn, Russen und Galizier werden von den Unternehmern als Etat für die Streikenden, beginnend mit 1000 Mark.

Stimmen von 25 356 auf 356 043. Zentner liegt zunächst zwischen dem Röhren- und Holzindustrie-Kontrollabode von 11 auf 6% Theile, um dadurch die Industriepreise zu erhöhen und zu den Röhrenpreisen kontinuierlich zu machen.

Und wieder erfolgt hier eine wahnsinnige Machtdiktatur vom Kaiser und Ministerium: hinter holzindustrie-Betrag: vom 1838 veranlasst, doch die erste Industriewerkzeugunion von Industriellen entsteht, die Industriewerkzeuge organisieren einen Kongress — und bereits 1841 dienten Sachsen bei Beratung in einer für die Röhrenindustrie-fürstlichen grünen Reihe ab, indem er den Betrieb der Röhrenwerke erhöhte. (Siehe oben nach englischen Lump, Klumpen, den angrenzende Kolonialabode.) Sicherheit über wurde, um die Stadttheile für den Betrieb der Röhrenwerke zu ermöglichen, was sie durch Steigerung des einheimischen und Importen des Holzindustrie-Sachsen erhält auf den Röhrenwerken eingeschränkt zu machen.

Und wieder erfolgt hier eine wahnsinnige Machtdiktatur vom Kaiser und Ministerium: hinter holzindustrie-Betrag: vom 1838 veranlasst, doch die erste Industriewerkzeugunion von Industriellen entsteht, die Industriewerkzeuge organisieren einen Kongress — und bereits 1841 dienten Sachsen bei Beratung in einer für die Röhrenindustrie-fürstlichen grünen Reihe ab, indem er den Betrieb der Röhrenwerke erhöhte. (Siehe oben nach englischen Lump, Klumpen, den angrenzende Kolonialabode.) Sicherheit über wurde, um die Stadttheile für den Betrieb der Röhrenwerke zu ermöglichen, was sie durch Steigerung des einheimischen und Importen des Holzindustrie-Sachsen erhält auf den Röhrenwerken eingeschränkt zu machen.

Stimmen von 25 356 auf 356 043. Zentner liegt zunächst zwischen dem Röhren- und Holzindustrie-Kontrollabode von 11 auf 6% Theile, um dadurch die Industriepreise zu erhöhen und zu den Röhrenpreisen kontinuierlich zu machen.

Und wieder erfolgt hier eine wahnsinnige Machtdiktatur vom Kaiser und Ministerium: hinter holzindustrie-Betrag: vom 1838 veranlasst, doch die erste Industriewerkzeugunion von Industriellen entsteht, die Industriewerkzeuge organisieren einen Kongress — und bereits 1841 dienten Sachsen bei Beratung in einer für die Röhrenindustrie-fürstlichen grünen Reihe ab, indem er den Betrieb der Röhrenwerke erhöhte. (Siehe oben nach englischen Lump, Klumpen, den angrenzende Kolonialabode.) Sicherheit über wurde, um die Stadttheile für den Betrieb der Röhrenwerke zu ermöglichen, was sie durch Steigerung des einheimischen und Importen des Holzindustrie-Sachsen erhält auf den Röhrenwerken eingeschränkt zu machen.

Und wieder erfolgt hier eine wahnsinnige Machtdiktatur vom Kaiser und Ministerium: hinter holzindustrie-Betrag: vom 1838 veranlasst, doch die erste Industriewerkzeugunion von Industriellen entsteht, die Industriewerkzeuge organisieren einen Kongress — und bereits 1841 dienten Sachsen bei Beratung in einer für die Röhrenindustrie-fürstlichen grünen Reihe ab, indem er den Betrieb der Röhrenwerke erhöhte. (Siehe oben nach englischen Lump, Klumpen, den angrenzende Kolonialabode.) Sicherheit über wurde, um die Stadttheile für den Betrieb der Röhrenwerke zu ermöglichen, was sie durch Steigerung des einheimischen und Importen des Holzindustrie-Sachsen erhält auf den Röhrenwerken eingeschränkt zu machen.

Gau machen sollte, hat vom 22.—29. Oktober 1902 stattgefunden. Beide mussten drei Zahlstellen aus Mangel an einem Lokal von diesen Versammlungen Abstand nehmen. Hat diese Agitationstour uns auch nicht viele Mitglieder gebracht, so ist doch der Wunsch der alten neu belebt worden. Außer dieser Agitationstour hat der Gauvorstand noch in 12 Versammlungen Referate gehalten, so daß im Ganzen in 20 Versammlungen Vorträge gehalten wurden. Erwähnt mag hierbei noch werden, daß in dieser Beziehung auch weiter keine Anforderungen an den Gauvorstand ergangen sind. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Möller. Die Einnahme ist 360,33 Mr., die Ausgabe 283,85 Mr. Danach bleibt ein Kassenbestand von 76,48 Mr. Dem Kassier wurde einstimmig Vertrauen entheilt. Unter Punkt 3 erfolgte die Berichterstattung der Delegierten. Von sämtlichen Delegierten ward über den Indifferentismus der Arbeiter gestagt, der einen Zuspruch von Mitgliedern nicht auskommen ließ. Im Großen und Ganzen war aus den Berichten zu entnehmen, daß die Krise ein Theil zu dem wenig günstigen Resultat beigetragen habe. Bemerkte sei hier, daß der Gau im letzten Jahre 148 Mitglieder verloren hat, wovon ein großer Theil auf Konto der Abgeordneten zu legen ist. Es wurden dann vom Kollegen Radden sämtliche Berichte einer kurzen Betrachtung unterzogen. Er forderte die Kollegen auf, ihr ganzes Können einzusetzen, daß Verlorene wieder zu gewinnen. Unter Punkt 4, Berathung der Antrede, stand ein Antrag von der Zahlstelle Neustadt zur Debatte, lautend: Frau Bieck möchte in nächster Zeit in ihrem Orte eine öffentliche Versammlung abhalten. Es wurde in Aussicht gestellt, daß hoffentlich Kollegin Bieck bald eine Agitationstour durch den 17. Gau mache und dann auch nach Neustadt kommen werde. Es wurden noch Anträge von Stodelsdorf in folgender Fassung angenommen: 1. Bei Differenzen, sei es bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen, ist der Gauvorstand sofort in Kenntnis zu setzen betreffs Informierung über die Situation und die damit zusammenhängende Unterstützung. 2. Wird ein Delegierter zum Verbandstage aus mehreren Zahlstellen des 19. Gaues gewählt und wird dann eine Berichterstattung gewünscht, so fallen der betreffenden Zahlstelle die Kosten zur Last. 3. Der Schriftführer der Gaukonferenz hat das Protokoll derselben dem Gauvorstand zur Prüfung vorzulegen, ehe es veröffentlicht wird; selbiges ist dann vom Gauvorstand zu fortgrienen und auf der nächstjährigen Konferenz zu verlesen, damit diese einen Überblick hat über gesetzte Beschlüsse. Der Antrag Grävesmühlen, dahin zu wirken, die Beiträge nicht mehr zu erhöhen, wurde bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Ein Antrag Lübed, welcher angenommen wurde, lautet: Der Gauvorstand hat 6 Wochen vor dem Tagessind der Konferenz die Zahlstellen aufzufordern, einen Delegierten zu wählen und auch einen Erstgeman. Jeder Zahlstelle wird ein Mandatsformular zugestellt; dieses wird mit den Namen der Wahlkommission unterschrieben. Der Antrag der Zahlstelle Schlutup, die nächste Gaukonferenz in ihrem Orte abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Der Sitz des Gaues verbleibt auf Antrag Möller-Gatin in Lübed. Dann wies Kollege Lühe auf einen Ueberstand hin, der sich jetzt in unserer Umgebung bemerkbar macht betreffs Auszahlung von Reiseunterstützung nicht bezugsberechtigter Kollegen, welche sich diese zu erschwindeln suchen. Hier ein wachsames Auge zu haben, sei Pflicht eines jeden Kollegen. In seinem Schlusssatz gab Kollege Radden einen Ueberblick über die Arbeiten der Konferenz, forderte auf, energetisch für den Verband zu wirken und schloß mit einem dreifachen Hoch auf diesen.

Korrespondenzen.

Aktam. „Uebelberüchtigte Arbeitschule.“ Im Frühjahr wurde ein Gefuch der Arbeiter Karl Wilde und Karl Salenbrunn zu Aktam auf Ertheilung des Wandergemebezeichens vom Bezirksausschuss zu Stettin deswegen abgeschlagen bechieden, weil die Gesuchsteller wegen „Arbeitschulen“ übel berüchtigt seien. Der Stettiner „Volksbote“ legte schon damals dar, daß von einer „Arbeitschule“ bei beiden Gesuchstellern nicht die geringste Rede sein könnte, daß sie im Gegenthell ehrliche und fleißige Arbeiter wären, die nach jeder Richtung hin für die Existenz ihrer Familie sorgen. Freilich rasten die beiden Arbeiter im Interesse ihrer gewerkschaftlichen Organisation thätig gewesen und deswegen von ihren Arbeitgebern gemacht und entlassen worden. Um ihrer Familie aber trotzdem Nahrung zu verschaffen, hätten sie die Ertheilung des Wandergemebezeichens angestrebt und diese Ertheilung des Gewerbezeichens sei dadurch von einem Beamten des Anklamer Magistrats oder der Anklamer Polizeibehörde hintertrieben worden, daß die Gesuchsteller in einer durchaus wahrheitswidrigen Weise dem Bezirksausschub in Stettin als „Uebelberüchtigte Arbeitschule“ gekennzeichnet worden wären. Gegen diese Entscheidung des Bezirksausschusses zu Stettin erhoben beide Gesuchsteller Beschwerde. Zuvor aber wurden sie noch bei dem Vertreter der Stadtverwaltung in Anklam wegen dieser unwahren Behauptung vorstellig. Dort erhielten sie jedoch den Bescheid, daß sie nun und lassen sollten, was sie wollten. Man stand ihnen auch nicht Rebe über die Person, die diese unwahren Behauptungen dem Bezirksausschuss übermittelt hatte. Die Beschwerde der beiden richtete sich zunächst an den Minister für Handel und Gewerbe, welcher ihre Beschwerde zur Nachprüfung an den Bezirksausschuss zu Stettin überwies. Dieser verhandelte und beschloß, durch das Amtsgericht Anklam Zeugen über die „Uebelberüchtigte Arbeitschule“ der beiden Gesuchsteller zunehmen zu lassen. Vor dem Amtsgericht Anklam fand nun vor 14 Tagen Termin statt, auf dessen Ausgang ein großer Theil der Bevölkerung Anklams aus leicht begreiflichen Gründen sehr gespannt war. Über den ersten „Uebelberüchtigten Arbeitschule“ Wilde erklärte der zösisch veranommene Fabrikant Blümner: Wilde habe mehrere Tage bei ihm ununterbrochen gearbeitet und sei ein tüchtiger, fleißiger Arbeiter. Derselbe sei datum von ihm entlassen worden, weil er einer Arbeiterorganisation, dem Metallarbeiterverband, angehört und als Sozialdemokrat agitatorisch in seiner Fabrik wirkte. Wilde habe auch seit der Entlassung aus seiner Fabrik noch wiederholt bei anderen Unternehmen in Arbeit gefunden. Der Direktor führt von der Sommerfischen Zuckfabrik in Anklam, welcher als Zeuge über die „Uebelberüchtigte Arbeitschule“ des zweiten „Arbeitschulen“ Raltemann ebenfalls vernommen wurde, erklärte: Raltemann habe je verchiedenen Zeiten auf der Zuckfabrik gearbeitet und sei ein tüchtiger und ehrlicher Arbeiter. Wie ihm, dem Direktor, ob er bekannt wurde, daß Raltemann Chefkoch des „Zucker- und Salzwaren“ Betriebes in Hannover sei und im Betriebe der „Zucker- und Salzwaren“ für diesen Betrieb stand, wurde er deswegen entlassen. Der Fleischmeister Wagner von der Zuckfabrik bestätigte ebenfalls diese Auszüge des Richters über den „Arbeitschulen“ Raltemann. Durch die einwandfreisten Zeugen ist also festgestellt, daß Wilde und Salenbrunn keine „Uebelberüchtigte Arbeitschule“ sind. Wird der Bezirksausschuss zu Stettin nun dafür sorgen, daß der im Betracht kommende Beamte, der ihn ja großzügig freiste, außerdem die beiden Arbeiter verhandeln und ihre Zeugensfähigkeiten, zur Berichtigung gezeigt werden?

Berlin. Am Mittwoch, den 29. April, stellt unsere Zahlstelle ihre Gesamtversammlung ab. Die vorgelegte Berichterstattung wurde erneut mit einer „Bericht des Sachverständigen“ und Rechenschaft über den Betrieb der „Gesetzlichen Sozialabstribung“ in der Schlesischen Eisenbahn. In der Diskussion sprachen die Sitzungen der Delegierten der Verbände unter sich. Es sei an den Sitz des Berliner Komitees gefordert werden. Bei dem nächsten

Gewerkschaftscongres werde man die Frage anschließen lassen. Zuerst haben die Verbände der getrennten Arbeiter von den Hilfsarbeitern nichts wissen wollen, jetzt aber, wo diese sich selbst organisiert, sucht man sie ihrem Verbande sehr oft abspenkt zu machen. Man streite dadurch nur, daß die Blauen, die unsicherer Kantonistin austreten und dann gar keinem Verband angehören. Außerdem werden die Kollegen aufgefordert, nun auch an der vom 1. April ab in Kraft tretenden Arbeitslosenversicherung sich vollständig zu beteiligen.

Blankenburg i. O., Süseland i. O. und Börge i. O. Hier stehen die former und Hilfsarbeiter, sowie Schlosser und Dreher noch immer im Streit. Die Direction der Hütze Werk will nicht nachgeben; die Arbeiter sollen bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Die schlechten Böhne sollen fortgezahlt, mit der qualifizierten Behandlung fortgesahnen werden. Darum vertragen die Streikenden nicht ein. Streikbrecher sind nicht vorhanden, werden aber eifrig gesucht. Kollegen, weiß jedes Angebot zurück!

Eimsbüttel. Die letzte Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lohnforderung der Bauarbeiter. Es war gefordert ein Stundenlohn von 40 Pf., nächstes Jahr 42 Pf., bei 10 Stunden Arbeit. Trotz der angemessenen Forderung war es nicht möglich, zu dem Abschluß einer Vereinbarung zu kommen. Von den 38 im Baufache beschäftigten Kollegen war der dritte Theil nicht organisiert und trotz aller Mühe nicht zu bezeugen, der Organisation beizutreten. Es war somit unmöglich, die Forderungen durch Einstellung der Arbeit durchzudrücken, weshalb beschlossen wurde, die Forderungen bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu vertagen. Hätten die Kollegen sich mehr an der Organisation beteiligt, so hätten die Unternehmer sich nicht mit Erfolg auf einen strikt ablehnenden Standpunkt stellen können.

Hamm-Hamburg. Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung tagte am 20. Mai. Kollege Weise führte an, daß es nothwendig geworden sei, einen ersten Bevollmächtigten in Vorschlag zu bringen. Der seitherige Bevollmächtigte arbeitet auf der Thrassefabrik. Hier sind auf den Mannlochdeckeln der Thrassefessel keine Schuhvorrichtungen. In der alten im vorigen Jahre abgebrannten Fabrik waren die Schuhvorrichtungen angebracht. Ein Kollege erhielt den Auftrag, auf den Kessel zu steigen. Er meierte sich dessen und erhielt die sofortige Entlassung. Nun erhielt Ahrens den Auftrag, auf den Kessel zu gehen. Dieser ging mit dem Bemerkern hinauf, daß es das lege Mal sei. Dieses Verhalten wurde als ein sehr unsolidarisches bezeichnet, und die Bevollmächtigten und Revisoren sahen sich veranlaßt, seine Absetzung zu beantragen. Ein Antrag, den infolge eines Betriebsunfalles franz darunter liegenden Kollegen vor seiner Absetzung erst zu hören, wurde abgelehnt und beschlossen, den Kollegen Ahrens auf Grund des § 7 Abs. b unseres Status auszuschließen. Nach unserm Dafürhalten hätten die Kollegen von vornherein einen anderen Weg einschlagen sollen, um die Anbringung der Schuhvorrichtung zu veranlassen. Sie hätten den Fabrikinspektor von dem Fehlen benachrichtigen und von ihm Abhilfe verlangen sollen. Dann wäre Abhilfe gekommen und die Entlassung sowohl als das unsolidarische Verhalten hätten vermieden werden können. (D. Red.) Zum Schlus wurde noch ein Antrag angenommen, der bezweckt, bei der nächsten Maifeier eine Kontrolle darüber zu führen, wer an der selben teilnimmt.

Rangenberg-Reck. Sonntag, den 17. Mai, unternahm eine Anzahl Mitglieder der hiesigen Zahlstelle eine Vigilation nach Kleinag, um daselbst eine Versammlung abzuhalten zur Ausbreitung unseres Verbandes. Kollege Graul erläuterte den Zweck der Gewerkschaften, insbesondere den unseres Verbandes. Es ließen sich auch eine Anzahl Arbeiter als Mitglieder einzeichnen. Ist die Zahl noch klein, so hoffen wir doch baldigst günstige Reihenstellen melden zu können. Es war dieses der erste Versuch, der hier auf gewerkschaftlichem Gebiete gemacht wurde.

Flensburg. Sonnabend, den 25. April, tagte unsere Mit-

gliederversammlung, die u. A. Stellung nahm zur Errichtung einer Straßenunterstützungsklasse. Es wurde eine Kommission von 4 Personen eingesetzt, deren Aufgabe darin besteht, eine Statutenvorlage auszuarbeiten. Unter „Verschiedenes“ wurde lediglich debattiert über den Beschluss, der von den Kollegen auf der Reichsbahn'schen Fabrik gefaßt worden ist betreffs der Maifeier. Obwohl die Versammlung Arbeitsschuß beschlossen habe, habe die Kommission diesen Beschluss fallen lassen.

Flensburg. Bereits zwei Wochen befinden sich die Reichenbach'schen Arbeiter im Auslande, ohne daß eine Rendierung eingetreten ist. Die Zahl der Streikenden hat sich um einige verminderet, indem mehrere von den Beteiligten abgereist sind.

Die Gründe, daß ein großer Theil der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen habe, sind unbekannt. Die Stimmung der Ausständigen ist eine gute. Je länger der Kampf dauert, je schärfer werden die Gegenseite, das möge Herr Reichenbach bedenken. Die Schärmacher, die Herrn Reichenbach den Rath ertheilen, nicht nachzugeben, brauchen nachher mit den Ausständigen nicht zu arbeiten und haben in Folge dessen leicht zu schwägen. Für Herrn Reichenbach aber kann es nicht einerlei sein, ob die Arbeiter mit Gross und Erbitterung die Arbeit wieder aufnehmen, oder ob durch ein Entgegenkommen die Gegenseite aus der Welt geschafft werden, damit die Arbeiter mit Lust und Liebe wieder an die Arbeit gehen können. Da

der Ausstand nur um eine Kleinigkeit herauftschworen ist, so haben die Streikenden beschlossen, Herrn Reichenbach eine Schadforderung zu unterbreiten.

Die besten Böhne werden bei Herrn Reichenbach bekanntlich nicht gezahlt, weshalb es ihm ja auch jetzt nicht „lingt, von außerhalb Böhne zu bekommen, trotz aller Schäden an die Herbergen und Arbeitsschwestern.“

Die vielen Sorten Böhne, die in der Reichenbach'schen Fabrik angefertigt werden, erschweren den Altkarbarbeitern ihren Verdienst gewaltig, daher haben die Streikenden eine Lohn-

erhöhung von 10 Prozent beschlossen.

Dithmarschen. Am Mittwoch, den 20. Mai, tagte im Saale „Zum deutschen Hause“ eine öffentliche Versammlung, welche sehr gut besucht war. Es referierte Frau Hackmann aus Dresden über: Der wichtigste Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen. An einem reichhaltigen statistischen Material wies Rednerin nach, daß die Gesamtlage der Arbeiterinnen und Arbeiter durchweg ungünstig ist und daß diese sich vereinigen müssen, um eine Befreiung ihrer Lage zu erringen. In der Diskussion traten mehrere Redner für die Teilnahme der Arbeiter an der Organisation ein. Die Aufforderung, an der Organisation Theil zu nehmen, erfolgte nicht vergeblich. Mehrere Kollegen fanden darüber nach. Der Vorsitzende des Kartells ermahnte dann noch die anwesenden Frauen, sie möchten an den Organisations-Sitzungen der Arbeiter recht regen Anteil nehmen.

Sarstedt. Am Montag, den 18. Mai, legten die in der Sitzstube der Firma A. Böck beschäftigten Arbeiter, nachdem ihnen die Altersabgabe um 10 Prozent reduziert werden sollte, die Arbeit nieder; mit ihnen der größte Theil der in den örtlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, da auch sie befürchten müssen, daß wenn einmal mit den Abgaben begonnen, diese auch, wie sie so oft erfahren, bei ihnen gemacht werden würden. Vertreter des Metall- und Hilfsarbeiter-Bundes, die am selben Tage bei den Herrn Böck vorstellig wurden, erzielten eine Einigung dahingehend, daß die beschäftigten Lohnreduzierungen zurückgenommen und sämtliche Arbeiter, so wie sie die Fabrik verlassen, auch wieder eingestellt würden. Bei den Abmachungen spielte sich folgender Vorgang ab, der deshalb die Erwähnung verdient, weil er bei der von Herrn Böck später abgeleugneten Einigung von Bedeutung ist. Als der Vertreter der Hilfsarbeiter, Kollege Seck, darauf bestand, daß keine Maßregelungen erfolgen sollten, meinte der junge Herr A. Böck, daß er eine Ausrede halten müsse; der ältere Herr A. Böck sagte aber

zu, daß keine Maßregelungen stattfinden sollten. Obgleich er lieber einige Heuer draußen setze, nehme er es auf sich, daß alle wieder anfangen sollten. Der jüngere der Brüder Böck widersprach dem älteren Bruder mit seiner Sicht. Hierauf beschlossen die Arbeiter, um Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch die Giehelerarbeiter sollten erfahren, daß Herr B. Böck auch noch vorhanden sei, der trotz der Abmachungen Maßregelungen vornehmen wollte und einzigen Arbeitern gegenüber bestreit, den Vertretern der Organisation Versprechungen gemacht zu haben. Er verlange, daß von den Giehelerarbeitern jeder einzelne anfrage solle, dann werde er sich seine Rechte zu suchen. Unter diesen Umständen nahmen die Giehelerarbeiter wieder vorstellig wurden und Herrn A. Böck am sein Versprechen erinnerten, gab er zu verstehen, daß, was der Eine verprochen, brauche der Andere nicht zu halten, denn er nehmte keine Maßregelungen vor, das mache kein Bruder, und der hätte kein Versprechen gegeben. Da Herr Böck sich auf Weiteres nicht einlassen wollte, wurde die Verhandlung abgebrochen. An dem Ausstand sind 87 Gieheler und 40 Schlosserarbeiter beteiligt, von denen die Unverheiratheten den Ort verlassen. Von den Ausständigen wurde die Spur über die Fabrik verhängt, und wird um Fernhaltung des Zuganges von Arbeitern obiger Branchen gebeten.

Schwartau-Kensfeld. Bekanntlich finden wir in einer Knochenhöhle nicht die alleroftigsten Funde. So ist es z. B. in der bei Schwartau gelegenen Fabrik Kremer auch der Fall gewesen. Nicht allein war es eine schmutzige Arbeit, sondern auch niedriger Lohn, denn die Arbeiter wurden im Winter mit 16 Pf., im Sommer mit 28 Pf. pro Stunde entlohnt. Die Arbeiter waren der Ansicht, daß es eine berechtigte Forderung sei, wenn sie einen Stundenlohn von 20 Pf. forderten. Diese Forderung unterbreiteten sie auch dem Unternehmer. Der Stundenlohn der sechs dort beschäftigten Arbeiterinnen beträgt 16 Pf. Gewiß ein respektabler Böhl. Trotz aller erlaubten sich der Unternehmer zur einer Bewilligung der Forderung nicht bereit. Vielmehr gab er den Arbeitern den gewiß sehr billigen Rath, sie könnten sich einschränken und sparsam sein. Als ob man das nicht ohnedies bei solch ungünstiger Bezahlung mache. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Aus diesem Grunde legten am 14. Mai die Arbeiter die Arbeit nieder. Darauf wurde an die Frauen das Unsinne gestellt, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Dies lehnten die Arbeiterinnen ab und legten gleichfalls die Arbeit nieder. Die Fabrik stand zwei Tage vollständig leer. Der Arbeitsnachweis der Scharfmacher in Lübeck stellte dann einige Arbeitskräfte zur Verfügung. Aber auch diese verzögerten die Arbeit, als sie über die Sachlage aufgeklärt waren. Und so hat der Betrieb heute einmal einen Arbeiter, morgen wieder nicht. Verhandeln hat der Herr Fabrikant trotzdem nicht. Wenn 28 Pf. nicht genug seien, sollten die Arbeiter sehen, wo sie mehre bekommen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in jener Fabrik beschäftigt gewesen sind, werden diese Sorte Arbeitersympathie zu verhindern wissen. Die Arbeit ist nicht nur schmutzig, sondern auch sehr ungesund. Der Betrieb hat nicht einmal einen besonderen Raum, in welchem die Arbeiter ihr Essen einzunehmen können. Dies muß inmitten der mit ungefundnen Substanzen aller Art geschwängerten Luft geschehen. Getrennte Ankleideräume sind ebenfalls nicht vorhanden. Die Arbeiter mögen festhalten, dann wird es auch möglich sein, den Unternehmer zu Verhandlungen zu veranlassen.

Wilhelmshaven. Betriebsbesetzung. Auf der Siegelseite der Firma G. & H. Schmidt an der Harburger Chaussee in Wilhelmshaven ist der Betrieb eingestellt. Die Siegelhütten sind bereits abgebrochen. Der Betrieb ist in Folge des Verbrauchs der vorhandenen Rohstoffe eingestellt.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 18. Mai folgende Beträge ein:

Gießen 17,90. Barmbek 278,80. Böhne 28,15. Schöningen 17,10. Barby 14,25. Stade 7,—. Oggelshausen 33,17. Eichendorfhausen 77,70. Görlitz 276,68. Olszag 18,93. Danzig 2,25. Hannover I 84,90. Calbe a. S. 115,45. Egeln 35,95. Münden 53,—. Überstadt 37,—. Stuttgart 46,95. Mülheim 82,85. Waltershausen 68,91. Quedlinburg 16,90. Röbel 65,65. Geithain 13,50. Eytz 10,—. Schwenningen 24,40. Gehring 72,65. Überstraße 7,10. Fürstenberg 36,87. Roßlach 10,45. Schwerin 38,45. Romm 17,10. Freienwalde a. O. 100,—. Schw.-Hall 20,88. Werder a. H. 161,32. Steuhaldensleben 51,71. Strelitz 11,75. Greppin 50,15. Markt.

Schlus: Dienstag, den 26. Mai, Mittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Abreisen-Aenderungen.

Borby. Joh. Thaissen, Roderstraße 67.
Bürgel. Hermann Mehler, Schulstraße 25.
Eimsbüttel. A. Stohde, Amandastraße 6.
Hann (Hamburg). Friedrich Puls, Louisenweg 33, S. 1, part.
Herzfelde. Bertrauensmann Joh. Hübscher, Hennicendorf, Mühlensstraße 2.
Landsbut. Jos. Obermeier, Wasserstraße 3, 1. Et.
München. Reitunterstützung wird beim 2. Bevollmächtigten Josef Ledert, Schmellerstraße 12, 2. Et., Abends von 7—8 Uhr, ausbezahlt.

Seelze. Borges, 52.
Stolzenhagen. Carl Leichtert in Goglow 18a, 1. Et.
Sulzen. (O.-A. Oberndorf, Gau 13). Wendelin Bühl, Stanger.
Wetzen. Carl Hennig.

Eingegangene Zahlstellen.

Schöneberg, Schlossbühl, Wunsiedel, Rütingen.

Zahlstelle Halberstadt.

Wir machen die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften eine Centralherberge für die organisierten Arbeiter errichtet haben. Wir ersuchen darum unsere Kollegen, die Herberge zu benutzen; sie befindet sich im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße 16.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jeden dritten Dienstag im Monat unsere Mitglieder-Versammlung bei Mr. Böllmann, Wallstraße 63, tagt.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Lauenburg (Elbe). Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Nächste Versammlung am 6. Juni.

Alle Mitglieder werden dringend eingeladen.

Die Bevollmächtigten.